

Reden ist Geld

Referenten-Agenturen vermitteln Politikern und Prominenten lukrative Nebeneinkünfte

Momentan steht der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wegen gut bezahlter Vorträge unter Beschuss. Doch er ist bei weitem nicht der Einzige, der mit seinen Reden dick im Geschäft ist.

VON JULIA GESEMANN

■ **Bielefeld.** Ehemalige Politiker und Prominente sind nicht billig. Eine öffentliche Rede oder Moderation lassen sie sich was kosten. „Es ist ein großer Unterschied, ob sie für eine öffentliche oder eine firmeninterne Veranstaltung eingeladen werden“, sagt Robert Amelung, Geschäftsführer von „Unternehmen Erfolg“ und Kooperationspartner der diesjährigen Reihe „Impulsgeber“. „Eine weitere Basis-Einordnung ist die Unterscheidung zwischen Trainern, Rednern und Prominenten“, erklärt er. „Trainer gehen als Experten in Unternehmen und lösen bestimmte Fragestellungen – sie haben einen nachhaltigen Anspruch und sind in der Regel für das Ergebnis verantwortlich.“

Viele Trainer werden Redner, so Amelung, „wenn ihre Themen und Lösungsansätze eine gewisse Allgemeingültigkeit erreichen“. Dann lassen sie andere an ihren persönlichen Erfahrungen teilhaben. „Sie sind Ideengeber.“ Der dritte Fall: „Trainer oder Redner können prominent sein, zum Beispiel kann Stein-

»Von Bekanntheit abhängig«

brücks Finanz- und Wirtschaftsexpertise unter Umständen sehr wertvoll für ein Unternehmen sein“, so Amelung. „Dann spricht man von einer ganz anderen Honorarspanne.“ Bei Personen wie Bill Clinton und Tony Blair würden sich die Honorarsummen nicht ausschließlich aus ihren Inhalten, sondern darüber hinaus auch aus der Werbewirksamkeit für die Veranstaltung ergeben.

Der ehemalige US-Präsident Clinton wird für einen Auftritt mit geschätzten 250.000 Dollar pro Rede fürstlich entlohnt, 2011 soll er damit insgesamt 13,4 Millionen Dollar verdient haben. „Tony Blair bekommt ein sechsstelliges Honorar – und da ist keine Eins davor“, weiß Amelung. Sehr gefragt seien auch Madeleine Albright, ehemalige US-Außenministerin, und Kofi Annan, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Sein Honorar wird von Branchenkennern auf 150.000 Dollar pro Auftritt geschätzt. Die Investmentbank Morgan Stanley zahlte Nicolas Sarkozy kürzlich 250.000 Euro für eine 45-Minuten-Rede und Fotos, berichtete der französische *Canard Enchaîné*. Auch Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ist sehr gefragt und soll bis zu 100.000

Euro bekommen. Joschka Fischers Honorar wird auf 25.000 bis 50.000 Euro geschätzt. Ex-Wirtschaftsminister Michael Glos (CDU) soll in dieser Legislaturperiode mindestens 546.000 Euro verdienen.

Auch ARD- und ZDF-Stars nutzen ihre Bildschirmbekanntheit für Privatverdienste. So soll Tagesthemen-Moderator Tom Buhrow 20.000 Euro erhalten; Anke Engelke geschätzte 40.000 Euro; die in Paderborn geborene Judith Rakers bekomme ein Honorar im „fünfstelligen Bereich“, so Amelung. „Solche Engagements müssen von den öffentlich-rechtlichen Sendern genehmigt werden und erfolgen nur sehr ausgewählt.“

In der Regel seien solche Honorare gerechtfertigt. „Der Weg dorthin führt über einen sehr hohen Expertenstatus und ist mit vielen Anstrengungen und auch Unannehmlichkeiten, die aus dem Status einer Person des öffentlichen Lebens resultieren, verbunden.“ Viele spenden ihr Honorar anschließend für wohltätige Zwecke.

Die Vortragsthemen seien ganz unterschiedlich. „Sie richten sich nach dem Trend der Zeit“, sagt Amelung. Besonders Themen, die den Zuhörer beruflich und privat weiterbringen – „mit Fortbildungscharakter“ –, seien derzeit gefragt.

Laut Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostwestfalen hänge vieles vom Beziehungsmanagement ab. Am 17. November spricht Jean-Claude Juncker beim Unternehmertag OWL zum Thema „Euro in der Krise – Welche Zukunft hat Europa?“.

Damit reiht er sich in die Liste der prominenten Gäste wie Angela Merkel und Gerhard Schröder ein. Und alle kommen laut IHK kostenlos. „Wenn man einen renommierten Redner haben möchte, ist das Verhandlungssache“, sagt die Sprecherin einer Vermittlungsagentur. Die Referenten hätten oft feste finanzielle Forderungen, zum Teil „unverschämte“, so die IHK. Wolfgang Bohun von der Agentur „Gastreferenten“ ergänzt: „Sie stufen ihre Vorstellungen je nach Bedeutung der Veranstaltung ab.“

„Wenn man einen renommierten Redner haben möchte, ist das Verhandlungssache“, sagt die Sprecherin einer Vermittlungsagentur. Die Referenten hätten oft feste finanzielle Forderungen, zum Teil „unverschämte“, so die IHK. Wolfgang Bohun von der Agentur „Gastreferenten“ ergänzt: „Sie stufen ihre Vorstellungen je nach Bedeutung der Veranstaltung ab.“

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

■ **Berlin.** Die SPD geht in der Debatte um die Nebeneinkünfte ihres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück in die Offensive. Generalsekretärin Andrea Nahles kündigte an, in der kommenden Woche mit allen Bundestagsfraktionen Gespräche über schärfere Transparenzregeln für die Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten aufzunehmen. „Der Eifer, der in der Regierungskoalition ausgebrochen ist, den nehmen wir ernst und positiv auf“, so Nahles in Berlin. Die SPD werde dabei auch über ihren alten Vorschlag von 2011 hinausgehen, der sieben Veröf-



Gehört zu den Topverdienern: Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton.

FOTOS: GETTY (1), DPA (6)



Comedian: Anke Engelke.



Altkanzler: Gerhard Schröder.



Moderatorin: Judith Rakers.



Berater: Joschka Fischer.



Ex-Präsident: Nicolas Sarkozy.



Politiker: Peer Steinbrück.



Diplomat: Kofi Annan.

SPD und Grüne gehen beim Thema Nebeneinkünfte in die Offensive

entlichungsstufen vorsah. Danach sollten Abgeordnete ihre zusätzlichen Jahreseinkünfte bis zu 150.000 Euro anzeigen. Die SPD sei nun aber auch für die centgenaue Angabe der Nebenverdienste offen, sagte Nahles. Bisher sei jeder Versuch, die Transparenzregeln über die derzeit geltenden drei Stufen zu verschärfen, von CDU/CSU und FDP „komplett blockiert“ worden, so die SPD-Politikerin.

Peer Steinbrück, der in den Jahren 2009 bis 2012 etliche lukrative Vorträge bei Banken und Versicherungen gehalten hat, will Daten und Durchschnittshonorare pro Jahr ange-

ben. Dass er die konkreten Summen nicht nennen möchte, begründete Steinbrück am Sonntagabend bei „Jauch“ mit privatrechtlichen Verträgen, bei denen auch die Partner einer Veröffentlichung zustimmen müssten. Im übrigen habe er fast immer dasselbe Honorar genommen. Allerdings macht sich auch Steinbrück dafür stark, dass Abgeordnete künftig gesetzlich gezwungen werden, ihre Zusatzeinkünfte „bis auf den letzten Cent zu veröffentlichen“.

Nahles sagte, sie sei gespannt, ob all die, die bisher ihren Mund gespitzt hätten, auch tatsächlich pfeifen würden. Namentlich nannte sie die drei Generalsekretäre Patrick

Döring (FDP), Alexander Dobrindt (CSU) und Hermann Gröhe (CDU). Für letzteren scheint die Frage der Nebeneinkünfte an Bedeutung bereits verloren zu haben. In seiner Pressekonferenz schnitt Gröhe am Montag das Thema von sich aus gar nicht an. Erst auf Nachfrage holte Gröhe gegen den SPD-Kanzlerkandidaten aus: „Wer einen aggressiven Anti-Banken-Wahlkampf führen will und gleichzeitig hohe Honorare kassiert von ebendieser Finanzindustrie, der muss sich kritische Fragen gefallen lassen.“

CSU-Chef Horst Seehofer gab in München bekannt, er habe gegen die Verschärfung der Transparenzrichtlinien

nichts einzuwenden.

Die Grünen fordern hingegen in Hinblick auf Schwarz-Gelb ein „Ende der Scheinheiligkeit“, so die grüne Bundestagsabgeordnete Britta Haßelmann. „Dass Steinbrücks Nebentätigkeiten nicht transparenter veröffentlicht sind, liegt nicht an ihm, sondern an Union und FDP“, betonte auch der grüne parlamentarische Geschäftsführer Volker Beck.

Für die kommende Sitzungswoche haben die Grünen nun im Bundestag eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem Titel „Integrität parlamentarischer Entscheidungen durch mehr Transparenz und klare Regeln gewährleisten“.

EXTRA 3

Zitat des Tages

»Es ist natürlich von Vorteil, so lange zu überleben, bis man diese fantastische Ehre erleben darf.«

Sir John Gurdon, Medizin-Nobelpreisträger, in einem Interview auf dem Internetportal „Nobelprize.org“ zur Nobelpreisvergabe für seine ein halbes Jahrhundert zurückliegende ausschlaggebende Publikation

Zahl des Tages

1 Million

Protestbierdeckel

will das Gastgewerbe in NRW im Kampf gegen die von der rot-grünen Landesregierung geplante Verstärkung des Nichtraucherschutzes einsetzen. Der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga in NRW, der NRW-Brauereiverband und der Bundesverband des Deutschen Getränkefachhandels fordern den Erhalt der zurzeit noch möglichen Raucherräume und Raucher kneipen. Auf den Bierdeckeln steht „Ja zu einer fairen Lösung für alle“, außerdem die Nummer eines Protesttelefons – kostenpflichtig allerdings. Das verschärfte Nichtraucherschutzgesetz soll noch dieses Jahr verabschiedet werden.

Kopf des Tages



Barack Obama

Der US-Präsident hat eine glamouröse Spendenshow zu einem selbstironischen Kommentar über seinen weniger glanzvollen Auftritt beim ersten TV-Duell mit seinem Herausforderer Mitt Romney genutzt. Nach Beiträgen von einer Reihe von Unterstützern aus Hollywood wie Stevie Wonder, Katy Perry und George Clooney im Nokia-Theatre von Los Angeles lobte Obama die „stets makellosen Darbietungen“ der Stars, um dann scherzhaft anzufügen, von sich könne er leider nicht „immer dasselbe sagen“. Das Publikum quittierte die Selbstkritik des Präsidenten mit Gelächern. Zuvor hatten sie 250 Dollar Eintritt gezahlt, um der Show zugunsten der Wahlkampfkasse Obamas beizuwohnen.

Venezuela wählt wieder Rot

Deutlicher Sieg für sozialistischen Amtsinhaber: Hugo Chávez bleibt nach überstandener Krebskrankung Präsident in südamerikanischem Erdölland

Er ist polemisch, autoritär und immer für eine Überraschung gut: Venezuelas linker Präsident Hugo Chávez schaffte nach fast 14 Jahren im Amt nun seine Wiederwahl.

■ **Caracas** (epd/dpa). Seine sonntägliche Fernsehshow „Aló, Presidente“ war legendär. Mit stundenlangen Tiraden zog Venezuelas Präsident Hugo Chávez viele Zuschauer in den Bann. Seine Anhänger bejubelten die polemischen Attacken gegen die USA, seine Gegner wandten sich entsetzt ab. Chávez hat ein Sendungsbewusstsein, das bis heute wirkt: Jetzt wurde der 58-jährige

Sozialist für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt. Chávez kam nach Auswertung von 90 Prozent der Stimmen nach dem offiziellen Bulletin der nationalen Wahlbehörde CNE auf 54,42 Prozent der Stimmen. Auf seinen Herausforderer, Ex-Gouverneur Henrique Capriles, entfielen 44,97 Prozent.

Vor allem die ärmeren Bürger im Erdölland Venezuela schwören auf Chávez und seinen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Als Sohn eines Dorfschullehrers stammt er selbst aus kleinen Verhältnissen. Mit 17 Jahren beginnt er seine militärische Laufbahn, die ihn bis zum Oberstleutnant führt. Damit verbunden ist sein politisches Engagement. 1994 macht er mit einem geschel-

terten Putschversuch Schlagzeilen. Chávez übernimmt die Verantwortung und muss für zwei Jahre ins Gefängnis. Doch er zieht er erstmals als gewählter Staatschef in den Präsidentenpalast Miraflores ein. Mit 44 Jahren ist er der jüngste Präsident in der Geschichte Venezuelas.

Nach einer Verfassungsänderung stellt er sich im Jahr 2000 vorgezogenen Neuwahlen, die er triumphal mit 59 Prozent der Stimmen gewinnt. Sechs Jahre später gewinnt er noch mehr Wähler: 2006 wird er mit 63 Prozent wiedergewählt. 2009 setzt er eine neue Verfassungsreform durch, die ihm eine unbegrenzte Wiederwahl ermöglicht.



Im Siegestaumel: Präsident Hugo Chávez schwenkt nach der Wiederwahl in Caracas die venezolanische Flagge.

FOTO: AFP

Die Herrschaft von Chávez war turbulent. Im Jahr 2002 erhoben sich Teile des Militärs gegen ihn, verhafteten ihn und erklärten ihn schließlich für abgesetzt. Nach Massenprotesten kam Chávez wieder frei und konnte in sein Amt zurückkehren. Ein Generalstreik der alten Gewerkschaften brachte das Land an den Rand des Chaos. Doch in einem Referendum zwei Jahre später votierte eine Mehrheit gegen die Absetzung des Präsidenten.

Chávez konnte weitermachen, aber die Ereignisse haben ihn geprägt und verändert. Immer mehr sprach er von einer bolivariischen Revolution im Geiste des südamerikanischen Freiheitshelden Simon Bolívar

(1783 – 1830). Offenbar wächst sein Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung. Der Präsident lehnt sich mehr an Kuba an, leitet Verstaatlichungen ein, sein Regierungsstil wird autoritärer.

Chávez, zweimal geschieden und Vater von vier Kindern, gab im Juni 2011 bekannt, dass er an Krebs erkrankte. Er flog mehrfach zur Behandlung nach Kuba, verschwand dabei wochenlang aus der Öffentlichkeit. Nach Chemotherapien meldete er sich mit Glatze und fülliger Statur zurück. Über seinen Gesundheitszustand wird seither heftig spekuliert. Chávez selbst verkündete Anfang Juli 2012, er habe den Krebs überwunden und sei völlig geheilt.